

Antrag

der Abgeordneten Dr. Franziska Brantner, Sven-Christian Kindler, Agnieszka Brugger, Anja Hajduk, Claudia Müller, Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Manuel Sarrazin, Annalena Baerbock, Jürgen Trittin, Dr. Frithjof Schmidt, Margarete Bause, Kai Gehring, Uwe Kekeritz, Katja Keul, Dr. Tobias Lindner, Omid Nouripour, Cem Özdemir, Claudia Roth (Augsburg), Ottmar von Holtz, Katharina Dröge, Markus Kurth, Dieter Janecek, Lisa Paus, Stefan Schmidt und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ein neuer Aufbruch – Für eine deutsch-französische Reformpartnerschaft

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Vor 20 Jahren beschlossen die europäischen Staats- und Regierungschefs den historischen Schritt, eine gemeinsame europäische Währung einzuführen. Dieser Schritt war ein Meilenstein für Europa. Jedoch hatte die europäische Währungsunion von Anfang an Konstruktionsfehler. Zehn Jahre nach Einführung des Euros legte die Finanzkrise die Probleme schonungslos offen.

Zehn Jahre später ist Europa noch immer von dieser Krise gezeichnet. Trotz ökonomischen Aufschwüngen in mehreren Ländern haben die Ungleichgewichte und die Ungleichheit zugenommen. Die gefährlichen Nebenwirkungen einer verfehlten Krisenpolitik treten offen zu Tage. Millionen junger Menschen sind nach wie vor ohne Arbeit, die Staatshaushalte ächzen unter der Last der übernommenen Bankschulden, viele Banken sind noch immer unterkapitalisiert. Bis heute wurde versäumt, die nötigen Lehren zu ziehen, um Europa krisensicher für die Zukunft aufzustellen. Europa steht vor einer zentralen Bewährungsprobe. Bestehen wird Europa nur mit der Bereitschaft zur Veränderung und dem Willen für mehr gemeinsames Handeln. Es entscheidet sich jetzt, ob es gelingt, Europa krisenfest zu machen, die großen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte zu gestalten – den Kampf gegen die Klimakrise, die Digitalisierung, die Gestaltung der Globalisierung; ob es gelingt, die Ungleichheit zu reduzieren, mit den außenpolitischen Krisen umzugehen, die inneren Risse zu überwinden – die sozialen Verwerfungen, die antieuropäischen und rechtspopulistischen Bedrohungen, die autoritären Entwicklungen in einigen Mitgliedstaaten. Es muss ein Anliegen aller überzeugten Europäerinnen und Europäer sein, dass diese Union erhalten und mit Mut zur Veränderung unserer europäischen Zukunft gestaltet wird.

Obwohl insbesondere eine Reform der Wirtschafts- und Währungsunion dringend nötig ist, wird seit Jahren ergebnislos debattiert und blockiert. Nun droht sich das Fenster für Reformen wieder zu schließen. Es ist von großer Bedeutung, die verbleibende Zeit

bis zur Europawahl 2019 zu nutzen. Der andauernde Reformstau ist Wind in den Segeln der Euroskeptikerinnen und -skeptiker und denjenigen, die ein Zurück auf die nationale Scholle propagieren. Die proeuropäischen Kräfte können nur überzeugen, wenn sich Europa hier endlich handlungsfähig zeigt und ein zukunftsfähiges Europa für die Menschen greifbar wird.

Signale der Hoffnung waren 2017 die Wahl in Frankreich sowie die mutigen inhaltlichen Aufschläge zur Zukunft der EU von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und des französischen Präsidenten Emmanuel Macron. Die Chance, die sich augenblicklich bietet, muss ergriffen werden – auch wenn in Fragen der Atompolitik, der Flüchtlingspolitik und einigen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik Differenzen zu der Agenda von Präsident Macron bestehen und obwohl nicht jedem Punkt seiner europäischen Agenda, zum Beispiel in Fragen der Beitrittsperspektive des Westbalkans oder eines Kerneuropakonzepts, zuzustimmen ist. Aber im Gegensatz zur Bundesregierung streitet Macron mutig für die Europäische Union (EU) und will einen Neuanfang.

Deutschland muss endlich antworten. Es geht darum, die jahrelange Blockade zwischen Deutschland und Frankreich bei der Reform der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) aufzubrechen. Deutschland muss in Partnerschaft mit Frankreich und seinen anderen europäischen Partnern Europa endlich krisenfester und demokratischer machen. Der Koalitionsvertrag von Union und SPD versprach einen großen Aufbruch. Bisher beschränken sich die Beiträge der großen Koalition jedoch auf Bedenkenträgerie bei der längst vereinbarten Einlagensicherung zur Vollendung der Bankenunion, auf das Auftürmen neuer Hürden bei der Überführung des Rettungsschirms ESM in einen Europäischen Währungsfonds und auf Ablenkungsmanöver, wie der Vorschlag der Schaffung eines „Jumbo-Rates“. Union und SPD drohen die historische Messlatte zu reißen. Es ist unverantwortlich, dass ausgerechnet Deutschland als großer Profiteur der WWU, deren Stabilisierung nun blockiert.

Anstatt die beherzten Vorschläge, die auf dem Tisch liegen, aufzugreifen oder eigene ambitionierte Vorschläge zu präsentieren, wird aus Berlin genörgelt und gebremst. Wer selbst keine Vision für die Zukunft der EU hat, sollte die guten Ideen anderer nicht einfach ideologisch blockieren.

Die EU besteht nicht nur aus Deutschland und Frankreich. Aber angesichts von Regierungen gerade auch in Teilen Osteuropas, die die Europaskepsis bewusst schüren und der ablehnenden Haltung einiger nordeuropäischer Staaten, kommt es nun entscheidend darauf an, dass Deutschland und Frankreich, gemeinsam mit Kommission und Parlament, eine starke Reformallianz bilden. Diese Reformallianz muss offen für andere sein, sie darf nicht ausgrenzen, aber sie muss den Mut haben, voranzugehen. Dabei kann das Instrument der verstärkten Zusammenarbeit hilfreich sein. Die notwendige Reformallianz muss endlich die Reform der Wirtschafts- und Währungsunion ermöglichen. Denn hier herrscht der größte Stillstand. Europa darf nicht in die nächste Krise schlafwandeln. Nur mit Reformen für mehr Stabilität, mehr Investitionen in soziale Gerechtigkeit und mehr Demokratie ist Europa für zukünftige Herausforderungen gewappnet.

Europas Bewährungsprobe ist auch eine Bewährungsprobe für die große Koalition. Die Bundesregierung muss endlich einen aktiven, proeuropäischen und solidarischen Beitrag Deutschlands formulieren und alles dafür tun, dass Ende Juni 2018 auf dem Europäischen Rat entscheidende Reformschritte für die Wirtschafts- und Währungsunion gegangen werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

gemeinsam mit Frankreich folgende Vorschläge ins Zentrum der Diskussion um Reformen der Europäischen Union zu stellen:

1. Zukunftsfonds einrichten und gemeinsam investieren:

In den nächsten zehn Jahren muss Europa für die Zukunft besser aufgestellt werden, damit Investitionen gestärkt, Arbeitsplätze geschaffen und dies gerechter finanziert werden kann. Ein Zukunftsfonds im Rahmen des neuen mittelfristigen Finanzrahmens soll gezielt die wirtschaftliche Entwicklung in den Mitgliedsländern ankurbeln. Er soll Mitgliedstaaten ein Anreiz sein, entschieden gegen Steuerrückverlagerung vorzugehen und größere Konzerne wirksam zu besteuern. Denn die Mittel sollen nur den Mitgliedstaaten zur Verfügung stehen, die sich auch an der Finanzierung beteiligen.

2. Stabilisierungsbudget einrichten:

Die Eurokrise hat deutlich gemacht, dass es der Eurozone an wirtschaftlicher Stabilität mangelt. Deshalb gilt es, die Konjunkturzyklen innerhalb der Eurozone abzufedern und somit makroökonomische Stabilität zu sichern. Dazu braucht es ein Budget, das in relevantem Maße öffentliche europäische Güter, wie ein gemeinsames Eisenbahnnetz, ein europäisches Stromnetz für erneuerbare Energien oder eine flächendeckende digitale Infrastruktur für Europa, finanziert. Dieses Budget soll möglichst im Rahmen des mittelfristigen Finanzrahmens für alle Mitgliedsländer der Union offen sein. Es speist sich aus gemeinsamen konjunkturabhängigen Steuern. Insbesondere sollte eine gemeinsame Unternehmenssteuer vorangetrieben werden, die besonders antizyklisch wirkt, Bürokratie für grenzüberschreitende Unternehmen abbaut und Steuerrückverlagerung beendet. Durch ein so finanziertes Budget werden Mitgliedstaaten in konjunkturell schwachen Zeiten entlastet. Das stützt die Wirtschaft und bewahrt Arbeitsplätze.

3. Europäischen Währungsfonds einrichten:

Die Konstruktionsfehler in der Architektur unserer gemeinsamen Währung traten durch die Finanzkrise schmerzhaft zu Tage. Ein wesentliches Versäumnis lag darin, keine gemeinsame Feuerwehr für Staaten in Not aufgebaut zu haben. Dies wurde dann allzu hektisch nachgeholt. Jedoch blieb der Rettungsschirm ESM ein Provisorium, das noch in Gemeinschaftsrecht überführt werden soll. Europa sollte seine Krisen in Zukunft selbst lösen können – ohne Beteiligung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und nach eigenen Regeln, demokratischer und transparenter. Dafür muss der ESM zu einem von nationalen Parlamenten und vom Europäischen Parlament kontrollierten Europäischen Währungsfonds (EWF) als vollwertige EU-Institution ausgebaut werden. Die Bundesregierung will den EWF nur nach einer großen Änderung der EU-Verträge einführen. Damit würde das Projekt auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben, statt es auf der Basis der Vorschläge der EU-Kommission zu realisieren. Der Währungsfonds muss demokratischer werden und nicht dazu dienen, die Kommission zu entmachten und den Fonds zu einer neuen permanenten Troika auszubauen. Die Überwachung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes muss nicht zuletzt aus demokratischen Gründen bei der EU-Kommission verbleiben.

4. Bankenunion vollenden:

Eine der Lehren aus der Finanzkrise war es, Banken nie wieder durch Steuergelder zu retten. Dafür wurde der Aufbau der Bankenunion vorangetrieben. Dass die Bundesregierung nun überfällige Schritte wie die Letztsicherung für den gemeinsamen Abwicklungsfonds (Backstop) oder die Europäische Einlagensicherung auf die lange Bank schiebt, ist verantwortungslos. Juristische Bedenken werden dazu missbraucht, sich den nächsten notwendigen Schritten zu verweigern. Nur eine vollständige Bankenunion kann den Teufelskreis aus Bank- und Staatsschulden beenden. Längst überfällig ist ein deutscher Vorschlag für eine vollständige Rückversicherung der Einlagensicherungssysteme. So können die Institutssicherungssysteme kleiner Banken erhalten bleiben und trotzdem Einlagen überall in Europa auf gleichem Niveau gesichert werden. Eine grundsätzliche Einigung

über die Bankenunion muss noch in diesem Jahr erzielt werden. Bei der Umsetzung müssen Risikoabbau im Bankensektor und Risikoteilung in Einklang umgesetzt werden.

5. Soziale Dimension der WWU vertiefen:

Auch mehr soziales Europa beugt Krisen vor und wirkt stabilisierend. Europa braucht neue Strukturen und auch einen grenzüberschreitenden sozialen Ausgleich, um mit sozialen Schieflagen künftig besser umgehen zu können und wirtschaftliche Krisen auszugleichen. Hierzu soll die EU verbindliche Mindeststandards für angemessene und existenzsichernde Grundsicherungssysteme und Mindestlöhne in den Mitgliedstaaten schaffen.

6. Demokratie stärken:

Die Idee eines Europäischen Kommissars, der gleichzeitig Vorsitzender der Eurogruppe ist, ist zu unterstützen. Dadurch bekommt das Europaparlament mehr Kontrolle über die bisher intransparente Eurogruppe der Finanzministerinnen und -minister. Die Eurogruppe muss die Empfehlungen der Bürgerbeauftragten für den Rat der Mitgliedsländer umsetzen und seine Dokumente sowie Protokolle veröffentlichen. Auf europäischer Ebene ist und bleibt das Europaparlament das Parlament für den Euro. Weitere Parallellparlamente für die Eurozone braucht es nicht.

Die EU steht auf einem klaren Wertefundament: Achtung der Menschenwürde, Demokratie, individuelle Freiheit, Menschenrechte, Gleichheit, ökologische Verantwortung und Rechtsstaatlichkeit. Die Bundesregierung muss deutlich machen, dass sie klar auf der Seite derer steht, die diese Werte hochhalten und neu beleben wollen. Präsident Macron hat recht: Es kann bei den Werten kein Europa der zwei Geschwindigkeiten geben. Dahinter muss sich die große Koalition eindeutig stellen.

Europas Zukunft muss demokratisch und öffentlich diskutiert werden. Die kommenden Europawahlen sind mehr denn je eine Abstimmung über die Zukunft Europas, eine Chance, um die Menschen für Europa neu zu begeistern. Hierzu ist eine öffentliche Debatte erforderlich, die einen europäischen Aufbruch vorantreibt. Der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern über Europas Zukunft muss in die Fläche getragen werden.

Berlin, den 14. Mai 2018

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion